

INFOMAPPE

ProURLAUB - FERIENGÄSTE GEGEN DAS BOMBODROM

Drucken Sie sich die Seiten bitte auf hellblauem oder weißem Papier aus
und schneiden Sie die einzelnen Beiträge auseinander (siehe rechts)

! die Seiten 2/3, 4/5, 6/7, 8/9, 10/11 **zweiseitig** ausdrucken !

Die Mappe ist inzwischen etwas umfangreicher geworden.

Bitte legen Sie auf jeden Fall die Beiträge ProUrlaub+ Erläuterung, Entdecken Sie ... (aus Seiten 2/3); Freie Heide, Freier Himmel und ProHeide (Seiten 4/5) in die Mappe und wählen Sie gegebenenfalls bei den übrigen Beiträgen aus.

Bitte legen Sie nur von ProUrlaub mit

©ProUrlaub, Lindenstraße 11, 16775 Stechlin

freigegebene Infos in die Mappe.

Für zusätzliche Text sind wir dankbar!

Schicken Sie sie als Text-Datei an

ProUrlaub@t-online.de,

wir werden sie (nach Absprache mit den BIs)

beim nächsten Update einbeziehen.

Mit freundlichen Grüßen

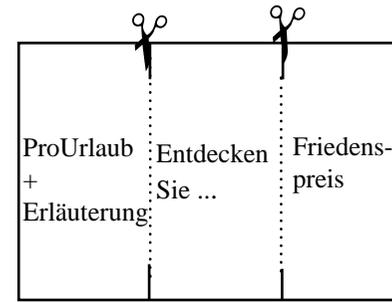
R.Alheit + R. Flütsch

Lindenstr. 11, 16775 Stechlin-Menz

Telefon 033082 40 772

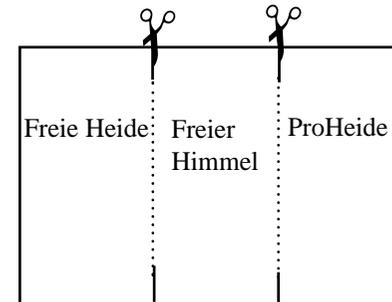
Diese Datei ist mit dem Öffnen freigeben!

1. Erläuterung der Aktion/Wichtiges/Göttinger Friedenspreis



Seite 2 Vorderseite
Seite 3 Rückseite

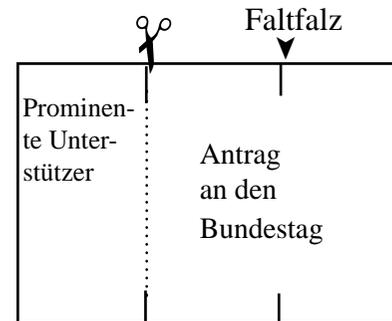
2. die drei Bürgerinitiativen



Seite 4 Vorderseite
Seite 5 Rückseite

3. Bundestags-Antrag/
Prominente

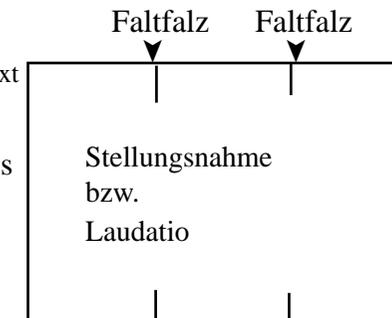
Bundestagsantrag (W.Nachtwei) ist nie abschließend beraten worden. Wir haben ihn wieder in die Infomappe genommen, weil er viele gute Argumente liefert.



Seite 6 Vorderseite
Seite 7 Rückseite

4. Stellungnahme Nachtwei
interessanter, aber etwas komplizierter Text
(Fachargumente).

5. Laudatio Göttinger Friedenspreis
langer, aber gut lesbarer Text
(allg. Argumente)



Seite 8/10 Vorderseite
Seite 9/11 Rückseite



Liebe Feriengäste,

ein paar kurze Informationen:

Die Entscheidung über die Gerichte sieht zwar für die Bombodromgegner bisher sehr positiv aus (die Vorentscheide sind zu Gunsten der Bombodromgegner entschieden worden), sie kann sich aber in den Hauptsacheverfahren noch jahrelang hinziehen.

Die Menschen dieser Region und insbesondere die Tourismusbranche und deren Investoren brauchen aber Planungssicherheit, das gebietet schon die Wirtschaftlichkeit.

Seit 1992 Jahren kämpft die Bürgerinitiative **FREIe HEIDe** um die Erhaltung unserer Region. Weitere BIs schlossen sich dem Widerstand gegen das Bombodrom an: **FREIER HIMMEL**, der die Müritzgegend vertritt, und seit drei Jahren **ProHeide**, die die Interessen der Wirtschaft in dieser Region vertritt. (Organisationen und Prominenten, die sich gegen das Bombodrom aussprechen, finden sie in der Infomappe).

Die Initiative **ProUrlaub – Feriengäste gegen das Bombodrom** entstand im Jahre 2004 aus der Erkenntnis, dass regionale Initiativen nicht mehr ausreichen und wir bundesweite Aufmerksamkeit brauchen.

ProUrlaub richtet sich daher speziell an Sie, denn wer wäre geeigneter als unsere Feriengäste, die hier vor Ort sind und erkennen können, was auf dem Spiel steht: eine herrliche Natur- und Kulturlandschaft

**– Ihr Urlaubsziel
(und unsere Heimat)** ➤

ENTDECKEN SIE DIE RUPPNER HEIDE ...

... ausgedehnte Wälder, idyllische Seen, Wiesen, Weiden und Ackerflächen prägen das Bild der Ruppiner Heide. Eingerahmt von dieser typischen Landschaft laden Sie Kleinstädte und ursprüngliche Dörfer zum Verweilen ein. Besuchen Sie Rheinsberg, Neuruppin und Wittstock zum Einkaufsbummel, Stadtbesichtigung, Museumsnachmittag sowie Konzert-, Kammeroper- oder Theaterabend. Erleben Sie die Landschaft hautnah in den Dörfern der Region. Besuchen Sie die zahlreichen Feld- und Backsteinkirchen. Erfahren Sie den örtlichen Alltag in unseren Dorfgaststätten. Erkundungen der einzigartigen Natur sind zu Fuß, per Fahrrad, mit dem Boot oder zu Pferd möglich. Inmitten der vielfältigen Landschaft hat sich auf dem ehemaligen militärischen Übungsgelände der Sowjetarmee eine einmalige Heidelandschaft entwickelt. Diese bietet Lebensraum für Schafschwingel, Grasnelke, Sandthymian, Schwarzdorn, Schlehe und Wachholder sowie die bedrohten Arten Fliegenragwurz und Hummelragwurz. Außerdem fühlen sich die Rote-Liste-Arten Kreuzotter, Neuntöter, Fischadler bzw. Seeadler und die Kreiselwespe in der Heide wohl. Beschauliche Ruhe und wunderschöne Natur bilden den Schatz dieser Gegend, an der sich außer den Einheimischen eine zunehmende Zahl von Gästen erfreut. In den letzten Jahren wurde viel in eine behutsame touristische Erschließung des Gebietes durch Wander-, Reit- und Radwege sowie in die Gästebetreuung investiert.

Aber mitten in dieser traumhaften Landschaft will die Bundesregierung den größten Bombenabwurfübungsplatz Europas einrichten!

Dagegen gibt es heftigen Widerstand aus der Bevölkerung. ➤

DER GÖTTINGER FRIEDENSPREIS 2007 der Stiftung Dr. Roland Röhl

ging an die FREIeHEIDe

Der Göttinger Friedenspreis 2007 für FREIeHEIDe der Stiftung Dr. Roland Röhl wird der Bürgerinitiative FREIe HEIDe Kyritz-Wittstock-Ruppin zum einen für ihr langjähriges, unermüdliches Sich-zur-Wehr-setzen gegen die von Bundeswehr und NATO beabsichtigte Einrichtung eines Luft-Boden-Schießplatzes verliehen. Zum andern soll die Verleihung des Göttinger Friedenspreises 2007 die Arbeit der Bürgerinitiative FREIe HEIDe auch dafür würdigen, dass sich die Aktivitäten nicht auf den Protest gegen das geplante „Bombodrom“ beschränken, sondern dass sie mit konsequentem Engagement für die friedliche Nutzung dieses Naturgebietes durch einen sanften Tourismus eintritt und bereits eine Vielzahl konkreter, wohlüberlegter Vorschläge entwickelte.

Die Bürgerinitiative FREIe HEIDe zeigt in beeindruckender Weise, wie praktischer Einsatz für den Frieden in der Welt ganz konkret aussehen kann. Mit ihren gewaltfreien und kreativen Aktivitäten tritt sie immer wieder an die Öffentlichkeit, ermutigt die Menschen zu politischer Meinungsäußerung und zum Einklagen demokratischer Grundrechte. Sie streitet in konstruktiver Weise für eine Kultur des Friedens und für den Frieden mit der Natur, um die Kyritz-Ruppiner Heide in Brandenburg nicht wieder - wie schon zu Zeiten der Sowjetunion - dem zerstörerischen Zugriff durch militärische Übungen und Bombenabwürfe auszusetzen.

Besonders überzeugend ist die Einbindung der lokalen Protestaktionen in einen globalen Problem- und Sinnzusammenhang. Kritisch hinterfragt werden die militärischen Bombenabwurfübungen, weil sie alten Denkmustern und überholten Sicherheitsstrategien aus den längst vergangenen Zeiten des Kalten Krieges und der damaligen Hochrüstung entstammen. ➤

Die FREIe HEIDe ist in der Region ein sichtbares und seit vielen Jahren aktives Zeichen dafür, dass Bürgerinnen und Bürger mit großem Engagement und viel Phantasie für den Frieden als wichtigste Grundlage unseres Zusammenlebens eintreten. Von diesem beispielhaften Engagement zeugt das vielfältige Spektrum der Öffentlichkeitsarbeit. Mit Protestwanderungen, Brief- und Unterschriftenaktionen, Künstlerprojekten, Expertenbefragungen, Politikereinladungen, Protestpetitionen und Medieninformationen wurde immer wieder für die friedliche Zielsetzung und gegen die militärische Vereinnahmung geworben. Eine breite Öffentlichkeit, namhafte Persönlichkeiten und drei Landtage stehen hinter den Zielen und Aktionen der Bürger- und Friedensinitiative, die außerdem einen positiven Gerichtsbeschluss erwirken konnte.

Anerkannt werden sollen nicht nur die großen Verdienste der Initiatorinnen und Initiatorinnen sowie der Organisatorinnen und Organisatoren der Bürgerbewegung, sondern auch der lange Atem vieler Bürgerinnen und Bürger, die die Initiative über mehr als 15 Jahre durch ihre Unterstützung getragen haben.

Es ist zu wünschen, dass die Verleihung des Göttinger Friedenspreises 2007 der Bürger- und Friedensinitiative FREIe HEIDe eine intensivierte Unterstützung ihrer Ziele durch eine noch breitere, überregionale Öffentlichkeit bringt, damit die Bundesregierung und das Verteidigungsministerium ihre widersinnige Entscheidung, einen Bombenabwurfplatz inmitten einer Freizeit-, Urlaubs- und Naturlandschaft in Kürze in Betrieb zu nehmen, überdenken und korrigieren.

*Begründung zur Verleihung
des Göttinger Friedenspreises am 3. März 2007*

Quelle: www.göttinger-friedenspreis.de/preisträger

©ProUrlaub, Lindenstraße 11, 16775 Stechlin

Zwischen den Städten Wittstock, Rheinsberg, Neuruppin und Kyritz richtete die sowjetische Armee durch umfangreiche Zwangsenteignungen ab 1950 einen 144 km² großen Bombenabwurfplatz ein. Seit dem sowjetischen Truppenabzug wird das Gelände ohne förmliches Planungsverfahren von der Bundeswehr beansprucht.

Daraufhin entstand **1992** die Bürgerinitiative **FREIe HEIDe** in Brandenburg und **2002** die Aktionsgemeinschaft **FREIER HIMMEL** in Mecklenburg.

Mit öffentlichen Aktionen, unzähligen Protestwanderungen, Spenden- und Unterschriftensammlungen stellen Sie Öffentlichkeit her und unterstützen Kommunen und Einzelkämpferinnen der juristischen Auseinandersetzung um das Bombodrom. So gelang es bisher auf dem politischen und juristischen Wege jahrelang, Tieffluglärm und Bombenabwürfe in der Heide zu verhindern.

2003 entstand **ProHeide** - Unternehmer kontra Bombodrom. Unternehmen aus Mecklenburg und Brandenburg setzen sich für eine zukunftsfähige Wirtschaft und somit gegen das Bombodrom ein.

2004 entstand **ProUrlaub - Feriengäste gegen das Bombodrom**. Feriengäste unserer Region erhalten die Möglichkeit, sich aktiv für den Erhalt ihrer Ferienregion einzusetzen.

Alle Initiativen haben ein gemeinsames Ziel:

**KEIN
BOMBODROM**

Quelle: FREIe HEIDe

©ProUrlaub, Lindenstraße 11, 16775 Stechlin

Helfen Sie mit, diese Ferienregion zu erhalten

Sie können

- **sich in unsere Unterschriftenliste eintragen, die dem Bundestag übermittelt wird.**
Tragen Sie Ihren Namen, PLZ/Wohnort und Ihre Unterschrift ein und füllen Sie eventuell die 2 Spalten – Alter / Kinder, für die Ihre Unterschrift gilt – aus.
- **Ihrem/r Bundestagsabgeordneten eine der hier ausliegenden Postkarten zusenden, mit der Sie ihn/sie auffordern, Ihre Interessen wahrzunehmen.**
 1. Wählen Sie eine Karte aus, tragen Sie Ihren Ferienort (oben) ein, unterschreiben Sie und geben Sie Ihren Wohnort mit Postleitzahl an (unten).
 2. In die Leerzeile der Adresse tragen Sie „Ihre/n“ Bundestagsabgeordnete/n ein, den/die Sie in der ausliegenden Wahlkreisliste finden und geben Sie die Karte hier wieder ab.**Fehlt die Liste oder finden Sie Ihren Wahlkreis nicht:** Geben Sie Ihre Karte trotzdem ab, wir werden den Adressaten ergänzen.

**ProUrlaub, Lindenstraße 11, 16775 Stechlin-Menz,
Tel.: 033082/40772, email: ProUrlaub@t-online.de**

Weitere Informationen zu den einzelnen Initiativen und zum „Stand der Dinge“ finden Sie in dieser Mappe.

Umfassende Informationen finden Sie im Internet unter: www.freieheide.de, www.freier-himmel.de, www.proheide.de

©ProUrlaub, Lindenstraße 11, 16775 Stechlin



Am 23. August 1992 gründete sich die Bürgerinitiative

FREIE HEIDE in Schweinrich. Sie wendet sich gegen die militärische Nutzung eines ehemaligen Truppenübungsplatz der sowjetischen Armee 100 km nordwestlich von Berlin durch die Bundeswehr.

Das Areal hat eine Größe von 144 km² (ca. 1/6 von Berlin oder 1/3 der Fläche von Köln) und liegt in der Kyritz-Ruppiner Heide in Nordbrandenburg. Durch die beabsichtigte Nutzung als Bombenabwurfplatz ist aber auch die Region im Süden Mecklenburgs betroffen, da hier die Einflugschneisen geplant sind. Durch Lärm- und Schadstoff-Emissionen ist der Tourismus, der sich in den letzten Jahren als Standbein dieser malerischen Region entwickelt hat, bedroht.

FREIEHEIDE ist inzwischen ein Symbol für kreativen, friedlichen Protest. Seit Jahren findet am Ostersonntag eine der größten Ostermarschaktionen in Deutschland in Fretzdorf statt. Die Frage des „Bombodrom“ ist kein lokales Problem - es ist ein BUNDES- ja sogar EUROPA-relevantes Thema! Bei über 100 Protestveranstaltungen haben das mehr als 150.000 Teilnehmer aus Nah und Fern bekräftigt.

Unser Protest erzwang 2004 ein Umdenken in der brandenburgischen Landesregierung und auch die Landtagsabgeordneten des brandenburgischen Parlamentes stimmten mehrheitlich für eine zukünftig friedliche Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide. Trotz dieses Erfolges geht der Protest kontinuierlich weiter.

Die FREIEHEIDE erhielt für „Ihr unermüdliches Sich-zur-Wehr-setzen“ den Göttinger Friedenspreis 2007

Die Heide wird FREI ! ➤

Kontaktadresse

B. Schirge, Dorfstraße 27, 16831 Zühlén
Tel.: 033931 - 23 38, Fax: 033931 349271
info@freieheide.de www.FreieHeide.de



Am 30. Januar 2002 gründete sich die
Aktionsgemeinschaft
FREIER HIMMEL

Wenige Monate zuvor hatte die Bundesregierung, durch eine Urteil des Bundesverwaltungsgerichts erzwungen, die Pläne für das Bombodrom der Öffentlichkeit zugänglich machen müssen.

Diesen Plänen zufolge plant die Bundesregierung in der Kyritz-Ruppiner Heide, in unmittelbarer Nähe der Müritz und des Müritz-National-Parks, Europas größten Luft-/Boden-Schießplatz in Betrieb nehmen zu wollen. Laut Betriebskonzept des Verteidigungsministeriums wären damit 1700 Einsätze deutscher und alliierter Kampfjets verbunden. Über der Mecklenburgischen Seenplatte, insbesondere der Müritz und des Müritz-National-Parks ist das nördliche An- und Abfluggebiet geplant, das in 150 m bis 300 m überfliegen werden soll.

Dem inzwischen 190 Mitglieder zählenden Verein gehören neben Privatpersonen aus ganz Deutschland, Betriebe, Vereine, Parteigruppen sowie 3 Städte und 6 Gemeinden per Ratsbeschluss an. Alle verbindet die ernste Befürchtung, dass Südmecklenburg ebenso wie Nordbrandenburg durch die geplante Inbetriebnahme des Luft-/Boden-Schießplatzes Kyritz-Ruppiner Heide existentiell gefährdet ist. Für unsere Lebensqualität, Natur und Umwelt und für die wirtschaftliche Entwicklung in Südmecklenburg und Nordbrandenburg stellt dieser Platz ein unkalkulierbares Risiko und eine unabsehbare Gefahr dar und wird deshalb von uns kompromiss- und bedingungslos abgelehnt. Auch die Landtage und Regierungen Mecklenburg-Vorpommerns und Brandenburg lehnen die Pläne des Verteidigungsministeriums eindeutig ab.

Die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der Mecklenburgischen Seenplatte seit 1990 ist wesentlich bestimmt von den Vorgaben des gültigen Regionalen Raumordnungsprogramms. Ausdrücklich wird dort darauf verwiesen, dass militärische Anlagen, wie z.B. Truppenübungsplätze, in einer vorwiegend touristisch genutzten Gegend einfach fehl am Platze sind. ➤



**UNTERNEHMEN AUS
MECKLENBURG UND
BRANDENBURG FÜR EINE
ZUKUNFTSFÄHIGE WIRTSCHAFT**

Wer sind wir?

Mehr als 250 Unternehmer, Freiberufler, Gewerbetreibende und Grundeigentümer aus Nordbrandenburg und Südmecklenburg haben sich am 15. 09. 2003 in der Seehalle der Fürst Donnersmarck Stiftung zur Unternehmerinitiative **ProHeide** - Unternehmer kontra Bombodrom - zusammengeschlossen. Mehr als 500 Unternehmer haben bereits ihre Ablehnung gegen das Bombodrom mit ihrer Unterschrift bekundet.

Was wir wollen?

Unser Ziel ist eine Stärkung der regionalen Wirtschaft. Wir treten für eine zukunftsfähige Wirtschaft unter dem Leitbild nachhaltigen Wachstums ein. Insbesondere haben wir uns zum Ziel gesetzt, die länderübergreifende Zusammenarbeit zu fördern. Denn nur so kann unsere Tourismusregion im internationalen Maßstab wettbewerbsfähig werden und Arbeitsplätze schaffen.

Was wir nicht wollen!

Wir lehnen die Einrichtung des Luft-/Boden-Schießplatzes Kyritz-Ruppiner Heide als Bombenabwurfplatz ab. Die Luftwaffe beabsichtigt mit Nato-Partnern 1700 Einsätze mit jeweils fünf Anflügen durchzuführen. Die Einsätze sollen an 240 Tagen und 120 Nächten gebündelt werden. Von deutschen sowie von Nato-Militärbasen wird das Bombodrom angefliegen. Um eine Korridorbildung zu vermeiden, soll die gesamte Region gleichmäßig mit Tieffluglärm belastet werden. Beispielsweise wurde im Lärmgutachten für die Gemeinde Lärz ein Schalldruckpegel von 109 dB genannt. Mit gesundheitlichen Schäden muss ab 85 dB gerechnet werden.

Aufgrund der Kerosinbelastung ist beispielsweise die Herstellung von Zutaten für Babynahrung nicht mehr zulässig. Auch der Naturschutz muss Federn lassen. Das größte bundesdeutsche Adlerbrutgebiet und der größte binneneuropäische Kranichrastplatz werden dem Tiefflug geopfert. Dabei nutzt die Luftwaffe ihre bestehende Kapazität nicht. Nordhorn und Siegenburg sind für 4200 Einsätze ausgelegt. Genutzt wurden davon 2004 nur 1037. ➤

Wir wollen nicht,

- dass sich unsere Lebensqualität gravierend verschlechtert
- dass unsere Investitionen zunichte gemacht werden
- dass bereits investierte öffentliche Fördermittel verloren gehen
- dass die natürlichen Ressourcen zerstört werden
- dass unser Grund und Boden entwertet wird
- dass unsere Gesundheit durch Lärm geschädigt wird
- dass unsere Kinder aus der Region abwandern
- dass unsere Region kulturell und sozial verödet
- dass das Image unserer Region geschädigt wird

Die wirtschaftlichen Folgen

Die wirtschaftlichen Folgen der Einrichtung des Bombodroms durch Lärmbelastung und Imageverlust sind für den Tourismus vernichtend. In Nordbrandenburg sind mindestens 1.000 Arbeitsplätze im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe bedroht, in Südmecklenburg 2.000 Arbeitsplätze. Jeder Arbeitsplatz in der Tourismuswirtschaft schafft über seine wirtschaftlichen Verflechtungen ca. 5 weitere Arbeitsplätze. Somit sind 15.000 Arbeitsplätze in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht. Unsere Wirtschaft benötigt jedoch ein nachhaltiges Wachstum und nicht Stagnation oder Rückgang. Experten bestätigen der Müritz-Ruppiner-Region erhebliche Wachstumspotenziale, wenn eine klare Ausrichtung der Region auf den naturnahen Tourismus und eine internationale Vermarktung erfolgt. Allein im Ruppiner Land gab es im letzten Jahr 1,2 Mio. Übernachtungen und 9 Mio. Tagestouristen, die einen Gesamtumsatz von 240 Mio. Euro ausmachten. In der Mecklenburgischen Seenplatte waren es sogar über 4,5 Mio. Übernachtungen.

Das Bombodrom blockiert zur Zeit Investitionen in Höhe von 300 Mio. Euro.

Machen Sie mit, werden Sie aktiv, unterstützen Sie uns

Kampagnebüro

**Karl-Liebknecht Str. 26 (Ecke Regattastr.)
16816 Neuruppin
Tel.: 03391/ 51 22 20 Fax: 03391/ 51 29 48
buero@proheide.de, www.proheide.de**

Quelle: ProHeide

©ProUrlaub, Lindenstraße 11, 16775 Stechlin

Konsequent wurden daher fast ausnahmslos die einst militärisch genutzten Flächen rund um die Müritz in zivil zu nutzende Flächen umgewandelt.

Vertrauend auf die bindenden Aussagen des Raumordnungsprogramms flossen große Summen an Eigenkapital, Fördermitteln und Krediten in touristische Unternehmen unterschiedlichster Art. Ob Ferienpark oder Fahrradverleih, First-Class-Hotel oder Zimmervermietung im Nebenerwerb, systematisch entwickelte sich der Tourismus zur einzig perspektivreichen Wirtschaftsform. Davon abhängig wuchs ein Netz nachgeordneter Dienstleistungen.

Neben dem naturnahen Aktivtourismus, sowie dem sich langsam etablierenden ökologischen Landbau, bevorzugen Rehabilitationskliniken und Wellness-Einrichtungen, der Seminar- und Tagungstourismus und Kulturprojekte diese von Lärm und Schadstoffen freie Region. Unsere Sorgen teilt auch der regionale Planungsverband „Mecklenburgische Seenplatte“. Sollte der Platz eingerichtet werden, müsste die Müritz-Strelitzer Region seiner Analyse zufolge als „intensiv genutztes militärisches Tieffluggebiet mit Ausschlusswirkung für touristische Raumnutzung eingestuft werden. ... Kompensatorische Entwicklungsalternativen gibt es für diesen Raum auf Grund der ländlich peripheren und strukturellen Allgemesinsituation definitiv nicht – die Region ist auf den Tourismus angewiesen!“

Angesichts dieser Perspektive bleibt uns nur der Protest. Allein eine grundlegende Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse der Regionen Kyritz-Ruppiner Heide und der Mecklenburgischen Seenplatte hätte längst zur Einstellung der militärischen Pläne führen müssen. Die Zahl der durch den Platz lediglich in Aussicht gestellten Arbeitsplätze steht in keinem Verhältnis zur Zahl derjenigen, die bereits existieren und die durch ihn bedroht sind.

Wir halten es allein schon moralisch für geboten, einer Region, die mehr als 70 Jahre durch militärische Nutzung weit mehr beeinträchtigt als gefördert wurde, endlich die politisch gewollte, ausschließlich zivile, Perspektive zu ermöglichen.

Kontakt:

**FREIER HIMMEL e.V., Schildkamp 1b,
17252 Mirrow, Tel. 039833-269822,
freier-himmel@freier-himmel.de (!!Neue Adresse!!)**

Quelle: FREIER HIMMEL

©ProUrlaub, Lindenstraße 11, 16775 Stechlin

GESCHICHTE DER FREIEN HEIDE

Das Gelände zwischen Wittstock, Rheinsberg und Neuruppin wurde nach 1950 vom sowjetischen Militär schrittweise besetzt, die Eigentümer zwangsenteignet, ein Artillerieschießplatz und Bombenabwurfplatz eingerichtet. Dieses Bombodrom hatte eine Fläche von 144 km² (entspricht ca. 1/6 Berlins) und erreichte 20 km in Nord-Süd- und maximal 10 km in Ost-West-Ausdehnung.

Nach der deutschen Einigung 1990 begann die Bevölkerung, die zivile Nutzung zu gestalten. So wurden erste Schritte für die touristische Erschließung getan und ein Wegenetz konzipiert. Die Bundeswehr ermutigte dies anfangs, veröffentlichte aber 1992 den Plan, das Bombodrom „weaternutzen“ zu wollen, worauf der Protest entstand, der bis heute anhält.

Am 22. Dezember 1993 übertrug das Bundesvermögensamt die Liegenschaft an die Bundeswehr. Fast gleichzeitig verschickte die Oberfinanzdirektion Cottbus Eigentumstitel an Gemeinden, Kirchgemeinden und einige Privatpersonen. Im Frühjahr 1994 wurde gemeinsam eine Klage auf Unterlassung der militärischen Nutzung und Herausgabe des Eigentums eingereicht.

Entscheidend war die Klage der anliegenden 14 Gemeinden, die sie mit ihrem grundgesetzlich verankerten Planungsrecht begründeten. Sie bekamen in der ersten und zweiten Instanz recht, weil der Einigungsvertrag, auf den sich die Bundeswehr berief, keine expliziten Weiternutzungsrechte für Flächen der Alliierten vorsah. Die Bundeswehr müsste somit die Neueinrichtung des Truppenübungsplatzes und ein Planungsverfahren anstreben. Alle eigentumsrechtlichen und anderen Fragen wurden dem oben beschriebenen Verfahren untergeordnet. Die Reduzierung der deutschen Luftwaffe seit Anfang der neunziger Jahre von 892 (mit NVA) auf 506 Flugzeuge erschwerte andererseits den Nachweis des Bedarfs für die Bundeswehr weiter. Alles in allem ging es also vor Gericht auch um eine Abwägung von Grundrechten.

Der Widerstand und Protest der letzten 15 Jahre wurde von großen Teilen der einheimischen Bevölkerung und Freunden aus vielen anderen Regionen getragen.

Quelle: www.freieheide.de

©ProUrlaub, Lindenstraße 11, 16775 Stechlin

Folgende Organisationen des öffentlichen Lebens haben sich gegen eine Weiternutzung des Bombodroms ausgesprochen:

Landesbauernverband Brandenburg
Hotel- und Gaststättenorganisation (HOGA) BRB
Hotel- und Gaststättenorganisation Mecklenburg-V.
Wirtschaftsjunioren Berlin-Brandenburg
Fürst Donnersmarck-Stiftung
Internationale Liga für Menschenrechte
Landesverband der Brandenburgischen Haus-, Wohnungs- u. Grundeigentümergeverne e. V.
DAK-Kreisverband Neuruppin
IHK, Bezirk Potsdam
Berlin Tourismus Marketing GmbH
CDU Kreisverband Fürstenberg / Havel
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e. V. Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft e. V.
pro agro - Verband zur Förderung des ländlichen Raumes im Land Brandenburg e. V.
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
VFD Vereinig. der Freizeitreiter und -fahrer in Deutschland
Landesverband Berlin-Brandenburg
CDU Ortsverbände Röbel und Rechlin
Kreissportbund Ostprignitz-Ruppin
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) - Mark Brandenburg
Tourismusverband „Mecklenburgische Seenplatte“ e. V.
Handelsverband Berlin-Brandenburg
Unternehmerverband Brandenburg e. V.

Folgende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens haben sich gegen eine Weiternutzung des Bombodroms ausgesprochen:

Matthias Platzeck
Ministerpräsident des Landes Brandenburg
Dr. Harald Ringstorff
Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Bischof Wolfgang Huber
Präsident der Evangelischen Kirche Deutschland
Ulrich Meißner
Leiter des Nationalparkamtes Müritz
Christian Gilde
Landrat des Kreises Ostprignitz-Ruppin
Jürgen Seidel
Landrat des Kreises Waren
Karl-Heinz Schröter
Landrat des Kreises Oberhavel

deutliche Verschlechterung der Geschäftsbedingungen infolge einer militärischen Nutzung erwarten. Damit verbunden sind die zurückhaltende Vergabe neuer Kredite durch Banken, Umsatzrückgang, Liquiditätsprobleme und die Rückstellung von Investitionen. Infolgedessen wird mit einem Abbau von Arbeitsplätzen gerechnet. Deshalb kann nicht auf den Ausgang des langjährigen Rechtsstreits gewartet werden.

8. Die Hoffnungen auf eine künftige neue Garnison Wittstock sind wenig realistisch. Das neue Stationierungskonzept der Bundeswehr soll durch Schließung von ca. 100 Standorten erhebliche Finanzmittel einsparen. Das bringt für viele Regionen schmerzhaft Einschnitte mit sich. Vor diesem Hintergrund wäre die Neugründung eines Standortes in Wittstock für mindestens ca. 60 Mio. Euro nicht vertretbar. Ein solches Vorhaben würde von vornherein die Glaubwürdigkeit des neuen Stationierungskonzeptes beschädigen.

9. Die Bundeswehr legt großen Wert auf ihre Integration in die Gesellschaft und auf zivil-militärische Zusammenarbeit. Gerade in ihren Einsatzgebieten legt sie höchsten Wert auf breite Akzeptanz in der Bevölkerung und möglichst viel Kooperation. Eine konfrontative Durchsetzung des Luft-/Boden-Schießplatzes gegen den einmütigen Willen der Bevölkerung und ihren politischen Repräsentanten auf kommunaler und Landesebene würde diesen bewährten Grundsätzen völlig zuwiderlaufen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ohne Zeitverzug auf einen künftigen Luft-/Boden-Schießplatz Wittstock zu verzichten und eine zivile Nutzung der Liegenschaft zu ermöglichen,

2. im Rahmen der Transformation der Bundeswehr die Übungseinsätze und Belastungen an den bisherigen Übungsplätzen weiter zu reduzieren

3. im Rahmen eines abgestimmten Regionalentwicklungskonzeptes das Land Brandenburg bei der Räumung der Munitionsalastlasten auf dem ehemaligen sowjetischen Übungsplatz angemessen zu unterstützen, soweit es im Rahmen eines abgestimmten Regionalentwicklungskonzeptes für Teilbereiche notwendig ist.

Berlin, den 28. Januar 2005

Der Antrag wurde nicht abschließend behandelt. Wir haben ihn dennoch in unserer Infomappe, weil er viele interessante Fakten preisgibt. Winfried Nachtwei vom Bündnis 90/die Grünen ist Mitglied im Verteidigungsausschuss.

Quelle: www.nachtwei.de/downloads/antrag

©ProUrlaub, Lindenstraße 11, 16775 Stechlin

Deutscher Bundestag Drucksache 15/4792

15. Wahlperiode 28. 01. 2005

Antrag

der Abgeordneten Winfried Nachtwei, Ernst Bahr (Neuruppin), Götz-Peter Lohmann, Ingrid Arndt-Brauer, Cornelia Behm, Eckhardt Barthel (Berlin), Volker Beck (Köln), Dr. Axel Berg, Grietje Bettin, Lothar Binding (Heidelberg), Alexander Bonde, Hans-Günter Bruckmann, Dr. Peter Danckert, Dr. Herta Däubler-Gmelin, Ekin Deligöz, Peter Dreßen, Dr. Thea Dückert, Detlef Dzembritzki, Franziska Eichstädt-Bohlig, Hans-Josef Fell, Katrin Göring-Eckardt, Wolfgang Grotthaus, Anja Hajduk, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Ulrike Höfken, Thilo Hoppe, Michael Hustedt, Ernst Kranz, Fritz Kuhn, Undine Kurth (Quedlinburg), Christine Lambrecht, Dr. Reinhard Loske, Dr. Gesine Löttsch, Anna Lührmann, Dirk Manzewski, Petra-Evelyne Merkel, Christa Nickels, Petra Pau, René Röspel, Claudia Roth (Augsburg), Christine Scheel, Irmgard Schewe-Gerigk, Albert Schmidt (Ingolstadt), Silvia Schmidt (Eisleben), Werner Schulz (Berlin), Ursula Sowa, Rainer Steenblock, Silke Stokar von Neuform, Christian Ströbele, Jella Teuchner, Wolfgang Thierse, Marianne Tritz, Simone Viola, Dr. Marlies Volkmer, Dr. Antje Vollmer, Dr. Ludger Volmer, Andrea Wicklein

Die Regionalentwicklung in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern braucht Klarheit – Die zivile Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide ist überfällig

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Seit 1992 währt der Streit um eine militärische oder zivile Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide. Das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) beabsichtigt, auf dem Gelände des ehemaligen Bombenabwurfplatzes der sowjetischen Streitkräfte einen Luft-/Boden-Schießplatz einzurichten. Geplant sind bis zu 1 700 Einsätze pro Jahr mit Übungsbomben und -munition. Eine breite Bürgerbewegung hat sich den Plänen der Bundesregierung von Anfang an widersetzt. Die Klagen etlicher Anrainergemeinden haben bisher die Inbetriebnahme des Platzes verhindert. Ein Ende des Rechtsstreits ist nicht absehbar. Die Landtage und Landesregierungen von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern haben sich gegen die militärische Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide ausgesprochen.

2. Zur Gewährleistung ihrer Einsatzbereitschaft benötigt die Bundeswehr ausreichend Übungsplätze und -einrichtungen. Dieser Übungsbedarf ruft immer wieder einen Zielkonflikt mit dem Anspruch der Bevölkerung auf Lärm- und Gesundheitsschutz mit Belangen des Umweltschutzes und der Regionalentwicklung hervor. Dabei gilt das Postulat, die Belastungen für Bevölkerung und Umwelt so gering wie möglich zu halten.

3. Der geplante Luft-/Boden-Schießplatz Wittstock ist für die Einsatzbereitschaft der Luftwaffe und die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland keineswegs unverzichtbar. Seit 1990 kommt die Luftwaffe ohne den Standort Wittstock aus. Das Nutzungskonzept für Luft-/Boden-Schießplätze aus dem Jahr 1992, das für die Bedarfsanmeldung eines dritten Luft-/Boden-Schießplatzes mit entscheidend war, ging davon aus, dass von den geplanten 7 200 Übungseinsätzen 3 200 in Nordhorn, 1 000 in Siegenburg und 3 000 im Raum Wittstock absolviert werden sollten. In Wirklichkeit ging seitdem das Übungsaufkommen massiv zurück. Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland von Bundeswehr (764) und alliierten Streitkräften (273) insgesamt nur noch 1 037 Einsätze, davon 799 in Nordhorn (1992 : 2 573) und 216 in Siegenburg (1992:1 260), geflogen. Der Bedarf für einen neuen Platz und die Belastungen für die beiden bisherigen Übungsplätze sind damit drastisch zurückgegangen. Im vergangenen Jahr wurde entschieden, bis 2005 zwei Tornado-Geschwaderäquivalente (80 bis 90 Flugzeuge) aufzulösen. Dies wird zu einer weiteren Reduzierung der Übungsbelastungen in Nordhorn und Siegenburg führen.

4. Für die Bundeswehr sind internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung im Rahmen der Ziele und Regeln der Vereinten Nationen auf absehbare Zeit die wahrscheinlichere Aufgabe und primär strukturbestimmend. Die künftigen Einsatzkräfte der Bundeswehr sollen nach Stabilisierungs- und Eingreifkräften differenziert werden. Bei den vorrangigen Stabilisierungseinsätzen z. B. auf dem Balkan oder in Afghanistan sind nicht tieffliegende Jagdbomber gefragt. Bei Erzwingungs- und Kampfeinsätzen, die nicht ausgeschlossen werden können, ist die Abstands- und Präzisionsfähigkeit der Luftwaffe zwingend gefordert. Die Bekämpfung von Bodenzielen im Tiefflug mit ungelenkten Bomben gehört – insbesondere wegen des hohen Risikos – der Vergangenheit an. Grundmerkmal der künftigen Eingreifkräfte ist deshalb ihre präzise Abstandsfähigkeit. Mit der Umrüstung auf Abstandswaffen sinkt der Luft-/Boden-Übungsbedarf weiter auf eine Restgröße. Der in einigen Jahren zulaufende Eurofighter ist für seine Jagdbomberrolle nur noch mit Abstandswaffen ausgerüstet. Mittelfristig, d. h. im aufe des nächsten Jahrzehnts werden überdies „unbemannte Luftfahrzeuge“ an Bedeutung gewinnen. Dafür ist kein neuer Übungsplatz notwendig. Auf den bisherigen Übungsplätzen kann die Übungsbelastung weiter sinken.

5. Luft-/Boden-Einsätze und militärischer Tiefflug rufen eine erhebliche und überdurchschnittliche Belastung für die betroffene Bevölkerung hervor. Das Argument einer gerechten Lastenverteilung des Übungslärms – hier zwischen West und Ost – geht an den historischen und aktuellen Besonderheiten der verschiedenen Regionen vorbei. Wenn eine Region in Deutschland einen berechtigten Anspruch auf Lastenverteilung

hat, dann ist es die Region Kyritz-Ruppiner Heide. Die Übungsbelastung im Raum Wittstock war zu DDR Zeiten bei bis zu 18 000 Einsätzen pro Jahr mit scharfer Munition und Bomben so extrem und einzigartig, dass für die Bevölkerung der Region ein Nachholbedarf an unbelasteter Entwicklung besteht. Noch im Jahr 1992 flogen die russischen Luftstreitkräfte 5 342 Einsätze. Die auf den ersten Blick plausible Forderung nach „gerechter“ Lastenverteilung zwischen Ost und West läuft vor diesem Hintergrund auf eine fortgesetzte Sonderbelastung der Region Wittstock hinaus. Angesichts der Bedarfsanmeldung von bis zu 1 700 Einsätzen von Iliierten und Bundeswehr bei einem derzeitigen Ist von lediglich 1 000 Einsätzen besteht vor Ort nicht zu Unrecht die Befürchtung, dass perspektivisch die Übungsplätze im Westen geschlossen und bislang im Ausland absolvierte Übungen von Bundeswehr und Bündnispartnern nach Wittstock verlagert werden könnten.

6. Die wesentliche Entwicklungschance der Region um die Kyritz-Ruppiner Heide besteht in einem naturnahen Tourismus und erfordert eine besondere Sensibilität gegenüber militärischem Fluglärm. Seit den 90er Jahren sind in der Region viele kleine Unternehmen entstanden, die vom Tourismus leben und oftmals über die regionale Schwerpunktförderung Starthilfen aus öffentlichen Mitteln erhielten. In den Jahren 1991 bis 2003 wurden 240 Mio. Euro GA- und EFRE-Mittel (GA: Gemeinschaftsaufgabe; EFRE: Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung) für die gewerbliche Wirtschaft und Infrastruktur der betroffenen Landkreise Ostprignitz-Ruppin, Müritz und Mecklenburg-Strelitz genehmigt. Damit konnten über 3 000 Dauerarbeitsplätze gesichert werden. Zusätzlich flossen in diesem Zeitraum 160 Mio. Euro KfW-Mittel (KfW: Kreditanstalt für Wiederaufbau) in die Tourismusentwicklung dieser Landkreise. Viele ortsansässige Unternehmer sehen sich durch die Pläne des BMVg in ihrer Existenz bedroht. Das vom Bund beigebrachte Lärmgutachten beruft sich auf das Fluglärmschutzgesetz von 1971. Es beachtet die neueren Erkenntnisse der Lärmwirkungsforschung nicht und ist deshalb als Nachweis der Vereinbarkeit von Luft-/Boden-Schießplatz und Tourismus unbrauchbar. Ein umfangreiches Lärmgutachten vom März 2004, das vom aktuellen Stand der Lärmwirkungsforschung ausgeht, kommt zu dem Ergebnis, dass „für einen wesentlichen Teil der bewohnten Gebiete im nördlichen Bereich des Übungsplatzes die Grenzwerte der gesundheitlichen Zumutbarkeit aus lärmmedizinischer Sicht überschritten werden“ (Gutachten Truppenübungsplatz Wittstock von Prof. Dr. Manfred Spreng).

7. Die Ungewissheit über die Zukunft der Heide ist ein wachsendes Investitionshemmnis und blockiert damit die Regionalentwicklung. Umfragen der Industrie- und Handelskammern Neubrandenburg und Potsdam in 2003 ergaben, dass mehr als dreiviertel der Unternehmer in der Region eine

Folgende Organisationen des öffentlichen Lebens haben sich gegen eine Weiternutzung des Bombodroms ausgesprochen:

Landesbauernverband Brandenburg
Hotel- und Gaststättenorganisation (HOGA) BRB
Hotel- und Gaststättenorganisation Mecklenburg-V.
Wirtschaftsjunioren Berlin-Brandenburg
Fürst Donnersmarck-Stiftung
Internationale Liga für Menschenrechte
Landesverband der Brandenburger Haus-, Wohnungs- u. Grundeigentümergevereine e. V.
DAK-Kreisverband Neuruppin
IHK, Bezirk Potsdam
Berlin Tourismus Marketing GmbH
CDU Kreisverband Fürstenberg / Havel
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e. V. Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft e. V.
pro agro - Verband zur Förderung des ländlichen Raumes im Land Brandenburg e. V.
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
VFD Vereinig. der Freizeitreiter und -fahrer in Deutschland
Landesverband Berlin-Brandenburg
CDU Ortsverbände Röbel und Rechlin
Keisssportbund Ostprignitz-Ruppin
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) - Mark Brandenburg
Tourismusverband „Mecklenburgische Seenplatte“ e. V.
Handelsverband Berlin-Brandenburg
Unternehmerverband Brandenburg e. V.

Folgende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens haben sich gegen eine Weiternutzung des Bombodroms ausgesprochen:

Matthias Platzeck
Ministerpräsident des Landes Brandenburg
Dr. Harald Ringstorff
Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Bischof Wolfgang Huber
Präsident der Evangelischen Kirche Deutschland
Ulrich Meßner
Leiter des Nationalparkamtes Müritz
Christian Gilde
Landrat des Kreises Ostprignitz-Ruppin
Jürgen Seidel

Quelle: www.proheide.de

©ProUrlaub, Lindenstraße 11, 16775 Stechlin

vernetzte Operationsführung in besonderer Weise ein räumlich dichtes Üben verschiedener militärischer Kräfte erfordern soll, und warum dies nicht im Gefechtsübungs-zentrum geübt wird, wird nicht erläutert. Es ist auch nicht nachvollziehbar. Vernetzte Operationsführung wurde erst-malig umfassend und im großen Stil im Irak-Angriffskrieg der USA praktiziert. Es ist nicht einfach eine militärische, sondern eine eminent politische Frage, ob die Bundesrepublik diese Fähigkeit zur hoch vernetzten Luft- und Land-kriegsführung vom Übungsstand der Soldaten her binnen weniger Tage, in den nächsten Monaten bzw. grundsätzlich braucht. In näherer Zukunft sind Szenarien, bei denen Bundeswehr in solcher Weise eingesetzt würde, undenkbar. Auch ein CDU-Minister kann keine Bundeswehr-Tornados zur Bekämpfung von Bodenzielen einsetzen wollen - nicht im Irak, nicht in Afghanistan, auf dem Balkan, erst Recht nicht im Iran.

(8) Die für die NATO-Response-Force (NRF) für das 1. Halbjahr 2006 gemeldeten Bundeswehr-Kontingente sind - einschließlich der Luftangriffskräfte - „zertifiziert“, d.h. sie verfügen über die geforderten besonderen Fähigkeiten. Das war und ist offensichtlich auch ohne Wittstock zu bewerkstelligen. Dass zeitgleich auf Goose Bay mit seinen extremen Möglichkeiten verzichtet werden kann, ohne dass eine Nutzung von Wittstock in Sicht oder wahrscheinlich wäre, spricht Bände. Bemerkenswerterweise kommt eine offizielle Publikation des Ministeriums („aktuell - Zeitung für die Bundeswehr“) in der Nr. 50 vom 19.12.2005 auch zu einer dem Eilantrag widersprechenden Aussage: Im Hinblick auf NRF 6 sei die Bundeswehr „fit für die NRF“ und „für alle Aufgaben gerüstet“. Die Luftwaffe habe ihre „Vorhaben und Übungen konsequent auf die Anforderungen der NRF abgestimmt“, u.a. durch Übungen für komplexe „Crisis Response“ Szenarien in Norwegen und USA. 12 Tornado-Kampfflugzeuge, darunter Jagdbomber mit Abstands- und Präzisionsbewaffnung, seien bereitgestellt. Die im Rahmen der NRF und auch der EU-Battlegroups geforderte schnellste Reaktionsfähigkeit (Verlegung und Einsatzbereitschaft weltweit binnen 10 Tagen) ist ein Scheinargument, das auch gegen die reguläre Parlamentsbeteiligung bei Auslandseinsätzen vorgebracht wurde. Außer bei Rettungs- und Befreiungseinsätzen gibt es bei allen anderen Kriseneinsätzen einen wochen- bis monatelangen politischen und militärplanerischen Vorlauf in Brüssel (EU, NATO), New York (UNO), Berlin und anderswo. Dieser lässt Zeit für militärische Übungen wie für seriöse politisch-militärische Entscheidungsprozesse. Schnellsteinsätze sozusagen „aus der Hüfte“ wären illusionär, brandgefährlich und nicht zu verantworten. Sie sind angesichts des

Mangels an schnell verfügbarem großem Lufttransportraum auch gar nicht realisierbar.

(9) Zusammenfassung und Ausblick:

Die Bereitstellung eines Kontingents der Luftwaffe für die NRF ab 1. Januar u.a. mit Kampfflugzeugen für Luft-Boden-Einsätze macht die sofortige Inbetriebnahme des Schießplatzes Wittstock keineswegs unabdingbar. Insbesondere der gleichzeitige Rückzug aus Goose Bay verweist darauf, dass die Luftwaffe offenbar nicht an einem Mangel an Übungsmöglichkeiten leidet. Der Übungsbedarf und Übungsumfang wird in den kommenden Jahren weiter sinken. Die Betonung der angeblich einzigartigen Eignungen des Übungsplatzes Wittstock legt die Konsequenz nahe, dass der gesamte inländische Übungsbetrieb der Bundesluftwaffe hier konzentriert wird. Auch Bündnispartner würden von diesem Übungsangebot im Herzen Europas verstärkt Gebrauch machen. Die Kyritz-Ruppiner Heide würde zum Bombodrom der NATO und EU-Tuppen. Das Reden von der „gerechten Lastenverteilung“ zwischen West und Ost war offenbar vorgeschoben, um der Lastenkonzentration in Ostdeutschland den Weg zu bereiten.

Die Stellungnahme bezieht sich auf den Eilantrag des Bundesministerium der Verteidigung, das wegen veränderter Umstände die Abänderung der vorangegangenen Eilentscheidungen beantragte.

Das Oberverwaltungsgericht hat am 7.12.2006 den Eilantrag der Bundeswehr zur sofortigen Nutzung für kyritz-ruppiner Heide zurückgewiesen

„Vorläufiges Verbot der militärischen Nutzung des Truppenübungsplatzes Wittstock (sog. Bombodrom) bleibt bestehen - 49/2006“
Pressemitteilung Berlin, den 07.12.2006

Aufgrund der vielen Detailinformationen belassen wir den Beitrag in unserer Infomappe

Quelle: www.nachtwei.de
www.berlin.de/sen/justiz/gerichte/ovg/presse/archiv

©ProUrlaub, Lindenstraße 11, 16775 Stechlin

Winfried Nachtwei; MdB;
Mitglied im Verteidigungsausschuss

Stellungnahme zur „Ergänzenden Begründung“ des BMVg zur „Notwendigkeit der sofortigen Inbetriebnahme des TrÜbPI Wittstock durch die Bundeswehr als Luft-Boden-Schießplatz“ vom 6. Dezember 2005

Die vom Verteidigungsministerium vorgebrachten Gründe für eine sofortige Aufnahme des Übungsbetriebes auf dem geplanten Luft-/Boden-Schießplatz Wittstock sind aus meiner Sicht sachlich nicht haltbar. Vielmehr entsteht der Eindruck, dass im Schatten des Regierungswechsel und vor dem Hintergrund von Berichten, wonach auch in den Koalitionsfraktionen namhafte Vertreter (z.B. Schäuble, Schönbohm, Platzeck, Ringsdorf) für eine Überprüfung bzw. eine Entscheidung für die zivile Nutzung eintreten, die Gerichte überrumpelt und Fakten geschaffen werden sollen.

(1) Der neue Auftrag:

Richtig benennt das BMVg als primäre Aufgabe der Bundeswehr nicht mehr die Landesverteidigung sondern die Beteiligung an internationalen Einsätzen zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus. Auch wenn Kampfeinsätze nicht gänzlich auszuschließen sind, stehen gewaltarme Stabilisierungseinsätze im Mittelpunkt. Der neue Auftrag ist in den Verteidigungspolitischen Richtlinien vom 21. Mai 2003 festgelegt. Dieses Dokument ist aber nur von begrenzter Autorität: Die VPR wurden ausdrücklich nicht vom Bundeskabinett beschlossen. Sie sind also kein zwischen den Ressorts vereinbartes Grundlagendokument der Bundesregierung, sondern gelten nur für den Geschäftsbereich des BMVg. Während diese Aufgabenbeschreibung im Kern vielfach von Bundesregierung und Parlament bekräftigt wurden, gab es in der damaligen Koalition erhebliche Differenzen, wenn es um die Interpretation der Folgen dieser Schwerpunktverschiebung ging. Eine Inbetriebnahme des Luft-Boden-Schießplatzes in der Kyritz-Ruppiner Heide war in den VPR weder vorgesehen, noch ist dies aus den VPR abzuleiten. Die für die Bekämpfung von Bodenzielen vorgesehenen Kräfte der Luftwaffe, sollen sich auf die wahrscheinlichen Einsätze im Rahmen der o.g. primären Aufgabe vorbereiten. Unter Experten gibt es erheblichen Zweifel, dass die Bundeswehr hierfür - neben den Übungsmöglichkeiten im Ausland und über See - zwingend einen dritten und besonders großen inländischen Luft-Boden-Schießplatz braucht, um dort die Bekämpfung

von Bodenzielen im Tiefflug zu üben. Wie der Gruppenantrag für eine zivile Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide zeigt, gab es in der rotgrünen Regierungskoalition keine Mehrheit für eine militärische Nutzung.

(2) Einsatzerfahrungen:

Seit ca. zehn Jahren ist die Bundeswehr inzwischen an internationalen Kriseneinsätzen beteiligt, heute mit über 6.000 Soldaten schwerpunktmäßig auf dem Balkan, in Afghanistan und am Horn von Afrika. Einzig bei der Teilnahme am NATO-Luftkrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien im Jahr 1999 kamen deutsche Tornado-Kampfflugzeuge zur Bekämpfung von gegnerischen Radaranlagen zum Einsatz. Die ECR-Tornados verschossen bei insgesamt 436 Einsätzen 244 HARM-Lenkflugkörper (HARM-Reichweite bis 30 km). Zum Schutz der Soldaten und der Flugzeuge wurden die Raketen nicht im Tiefflug, sondern aus einer mittleren Höhe von ca. 5.000 m abgefeuert. Bei allen anderen (Stabilisierungs-)Einsätzen der Bundeswehr sind Tornados in der Luft-Boden-Rolle gar nicht eingeplant. Sie sind auch künftig im Rahmen der Stabilisierungseinsätze auf dem Balkan und in Afghanistan auszuschließen. Wittstock ist somit ohne Bedeutung für die laufenden und noch längere Zeit andauernden Einsätze der Bundeswehr und der NATO.

(3) Bewaffnungskonzept:

Die neue Aufgabe der Krisenbewältigung fordert auch von der Luftwaffe andere Fähigkeiten. Das vom Inspekteur der Luftwaffe im November 2001 erlassene „Bewaffnungskonzept für strahlgetriebene Kampfflugzeuge der Bundeswehr“ stellt dazu fest:

„Präzise Einsatzplanung unter Nutzung aller Informationen sowie höchste Treffgenauigkeit durch Verwendung von Präzisionswaffen mit zielangepasster Wirkung sind unerlässlich, um Kollateralschäden mit größtmöglicher Wahrscheinlichkeit auszuschließen. (...) Zur Risiko- und Aufwandsminimierung für Besatzungen und Luftfahrzeuge sollte eine Zielbekämpfung aus sicherer Entfernung möglich sein. (...) Unter besonderer Berücksichtigung der Forderungen Effizienz der Zielbekämpfung, optimierte Wirkung gegen das Ziel, Vermeidung eigener Opfer, Vermeidung von Kollateralschäden sind un gelenkte und damit nicht präzise Waffen im Rahmen von Einsätzen im wahrscheinlichsten Aufgabenspektrum nicht oder nur noch bedingt einsetzbar.“ (S.9)

Das entspricht den Anforderungen der „Defence Capabilities Initiative“ der NATO und der European Headline Goals“ der EU, die die Fähigkeit zur Präzisions- und Abstandsfähigkeit hoch priorisiert haben. Weltweit verbreitete tragbare

Luftabwehrsysteme (sogenannte MANPADS) sind eine herausragende Bedrohung für Flugzeuge und deshalb Abstandsfähigkeit - also Vermeidung des Zielüberflugs - ein dringendes Erfordernis.

(4) US-Erfahrungen:

Dieser Trend weg von Luft-Boden-Einsätzen im Tiefflug hin zur Präzisions- und Abstandsfähigkeit zeigt sich unübersehbar gerade auch in den letzten Kriegseinsätzen der US-Streitkräfte: Beim Golfkrieg 1991 lag der Anteil der gelenkten Präzisionsmunition bei 10%, beim Irak-Krieg 2003 bei 68%. (Stefan Aust/Cordt Schnibben (Hg.): Irak - Geschichte eines modernen Krieges, München 2003, S. 535. Genaue Aufschlüsselung nach Typen und Zahlen vgl. USCENTAF: Operation Iraqi Freedom - By The Numbers, 30.4.2003) Im Tiefflug agierten Kampfhubschrauber und langsame, aber schwer gepanzerte A-10-Kampfflugzeuge. Vermehrt werden auch unbemannte Drohnen zu Kampfeinsätzen herangezogen.

(5) Umrüstung der Luftwaffe:

Die Bundeswehr verfügt über drei Jagdbombergeschwader mit insgesamt 270 Tornado/IDS (Interdiction/Strike, Bekämpfung von Bodenzielen, Jabo-Geschwader 31 in Nörvenich und 33 in Büchel, letzteres eingeplant in die nukleare Teilhabe) und 35 Tornado/ECR (Electronic Combat & Reconnaissance, Bekämpfung von gegnerischen radargestützten Boden-Luft-Verteidigungs- und Führungseinrichtungen, Jabo-G 32 in Lechfeld).

Die im Luftwaffenführungscommando für den Tornado in der Luft-Boden-Rolle zuständigen Offiziere Häringer und Jelinek in „Soldat und Technik“ (Januar 2003): Die bisherige konventionelle Bewaffnung des Tornado bestehe „vorwiegend aus un gelenkter ballistischer Abwurfmunition“, die den Überflug oder nahen Vorbeiflug am Ziel erfordere. Dabei könnten „ungewollte Schäden grundsätzlich nicht ausgeschlossen“ werden. Mit der lasergelenkten 1000-kg-Bombe GBU-24 wurde inzwischen Präzisionsfähigkeit erreicht, mit der „Modularen Abstandswaffe“ MAW Taurus auch eine weit reichende Abstandsfähigkeit von max. 350 km. Am 21. Dezember 2005 übernahm die Luftwaffe in Büchel den Lenkflugkörper Taurus, der von der Bundeswehr als weltweit modernste Abstandswaffe gepriesen wird. Das Tornado-Geschwader in Nörvenich wird bis 2010 auf den Eurofighter in der Luft-Boden-Rolle umgerüstet, das Geschwader in Büchel bis 2015. Von da an verfügt die Bundeswehr über keine für den Luft-Boden-Einsatz im Tiefflug optimierten Tornados mehr. Der EF fliegt seine Luft-Boden-Einsätze nur im mittleren und großen Höhenbereich. Für Bombenabwürfe im Tiefflug ist er ausdrücklich

nicht vorgesehen.

Aus Sicht des BMVg ist optimale Abstandsfähigkeit dann gegeben, wenn bemannte Kampfflugzeuge gar nicht mehr in den Bedrohungsbereich eindringen müssen. Der Trend geht deshalb immer stärker in Richtung unbemannter Systeme (Unmanned Aerial Vehicles/UAV) und Marschflugkörper. Exemplarisch ist das ablesbar an der „Bw-Fachinformation“, die z.B. in der Ausgabe Reihe 13 - 1/06 unter dem Stichwort „Luftangriff fast nur noch Titel zu UAV“ s anführt.

Die Ausrüstungs- und Bewaffnungsentwicklung der Bundeswehr geht in den nächsten Jahren immer mehr weg vom Übungsangebot von Wittstock (und Nordhorn und Siegenburg). Vor dem Hintergrund der Spardiskussion im Bundeshaushalt ist deshalb auch im Gespräch, die Luftwaffe weiter zu reduzieren.

(6) Übungsbedarf im Sinkflug

Gegenüber 764 Übungseinsätzen in 2003 flog die Bundeswehr 2004 nur noch 494 Einsätze im Inland. Zehn Jahre zuvor (1994) waren es noch 1.755. Wie sehr der Tiefflugübungsbedarf schon in der Vergangenheit zurückgegangen ist, zeigt auch die Schließung des Taktischen Ausbildungszentrums der Luftwaffe in Goose Bay/Kanada zum 31. März 2006. Hier wurde seit 1986 der extreme Tiefstflug geübt, für den der Tornado zu Zeiten des Kalten Krieges vor allem ausgelegt worden war. Jeder Jagd- und Jagdbomberverband der Luftwaffe trainierte dort vier Wochen im Jahr und mit der Möglichkeit zur scharfen Waffeneinsatzausbildung. Das Spitzenjahr war 1991 mit 4.363 Einsätzen. 2004 flog die Bundesluftwaffe nur noch 776 Einsätze. Laut Presseinformationszentrum der Luftwaffe kann die deutsche Ausbildung in Kanada eingestellt werden, weil „die reine Tiefstflugausbildung an ihrer ursprünglichen Bedeutung verloren hat“ und „mittlerweile genügend Alternativen zur Verfügung stehen. Um nur einige zu nennen sind das große multinationale Übungen wie MAPLE FLAG, BATTLE GRIFFIN und COPE THUNDER ebenso wie das Fliegerische Ausbildungszentrum der Luftwaffe in Holloman/USA oder das Taktische Ausbildungszentrum der Luftwaffe in Decimomanu in Italien.“ (Hardthöhenkurier 4/2005, S. 25) Dafür sind Fähigkeiten, wie sie in Wittstock vor allem geübt werden sollen - Abwurf un gelenkter Bomben im Tiefflug - nicht zu gebrauchen.

(7) Vernetzte Operationen

„Vernetzte Operationsführung“ gehört zu den jüngsten Lieblingsparolen im Militärjargon. Wittstock sei angesichts der „neuen Rahmenbedingungen“ (digital) vernetzter Operationsführung unverzichtbar, heißt es. Warum die ►

Beratungsresistenz im Amt. Nein, die Galerie der deutschen Verteidigungsminister bildet kein Heldenkabinett. Heldenmut wäre es gewesen, sich der Diskussion zu stellen, auch vor Ort mit den Menschen zu diskutieren. Denn der genaue Blick ist hilfreich. Auch deswegen waren wir immer wieder vor Ort: als Fraktionsvorsitzende habe ich mir in Neuruppin ein Bild gemacht. Meine Abgeordnetenkollegen Winnie Nachtwei und Cornelia Behm haben die FREIe HEIDe nicht nur während der Ostermärsche politisch zu einer Art Wahlheimat gemacht. Ich freue mich sehr, dass Winnie Nachtwei seine Verbundenheit mit der Initiative auch heute zum Ausdruck bringt – ein besonderer Gruß an Dich heute hier. Die Forderung nach einer zivilen Nutzung der Region fand im übrigen sogar Eingang in das Grüne Wahlprogramm. Und erst im vergangenen Jahr musste sich die Bundesregierung auf unsere Nachfrage erklären, wie sie die Auswirkungen eines Bombodroms auf die benachbarten FFH-Schutzgebiete bewerten und rechtfertigen kann.

Anrede, Die Kritik an einem Truppenübungsplatz wächst, auch auf politischer Ebene. Längst sind es nicht mehr nur die Grünen, die sich im Land Brandenburg oder auf Bundesebene für eine zivile Nutzung der Heide aussprechen. Die Brandenburger Landesregierung geht auf Distanz, die LINKE unterstützt den Protest, CDU-Regionalverbände sprechen sich gegen das Projekt aus und sogar Jörn Schönbohm kann keine Leidenschaft mehr für das Projekt aufbringen. Das Blatt hat sich gewendet, doch das war ein langer Weg, beschritten vor allem von einer Bürgerinitiative, die ihresgleichen sucht. Mittlerweile fast zwei Dutzend juristische Prozesse liegen auf diesem Weg, die bis auf einen Fall immer zulasten der Bombodrompläne ausgingen. Für den Verteidigungsminister und die Stationierungspläne der Bundeswehr hingegen wird es langsam zum schmalen Pfad. Auf wackligen Beinen stehen die Begründungen – Und die Beteuerungen, dass die Lärmbelastung durch Tiefflieger, die sich bis auf 150 Meter dem Erdboden nähern dürfen, nicht so schlimm sei, stößt zusehend auf taube Ohren. Doch trotz aller Niederlagen vor den Verwaltungsgerichten halten die Verteidigungsminister bisher an ihren Plänen fest, egal ob sie Struck oder Jung heißen.

Dabei könnte die Entscheidung für eine zivile Nutzung der Region ein so wichtiges Signal sein. Dafür, dass die Versprechen der Politik nicht länger im Raum verhallen. Dafür, dass politische Mehrheiten tatsächlich einen Resonanzboden für die Argumente, Wünsche und Hoffnungen der Menschen darstellen. Unser Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung wechseln kann, sagte der französische Schriftsteller Francis Picabia. Politische Verhältnisse haben sich mit dem Fall des Eisernen Vorhangs geändert und es würde uns gut zu Gesicht

stehen, darauf auch politisch zu reagieren. Noch aber wird die Entscheidung auf Gerichte verlagert. Noch werden die Chancen zu politischer Gestaltung nicht genutzt. Der politische Austausch über die Sinnhaftigkeit eines Bombodroms wird aufgegeben, stattdessen sollen Verwaltungsgerichte solch zentrale Fragen entscheiden. Dabei ist es längst so, dass die Querelen nur Verlierer kennen. Es geht um nicht mehr oder weniger als um die Glaubwürdigkeit von Politik – und, im besonderen, auch um die Akzeptanz deutscher Verteidigungspolitik. Wer soll angesichts der Konfrontation noch an die „Bürger in Uniform“ glauben!? Und die Menschen vor Ort!? Seit Jahren fehlt es ihnen an Sicherheit, was aus ihrer Region wird. Dies ist nicht nur ein wirtschaftliches Problem, weil es Investoren abschreckt. Es ist vor allem ein psychologisches Problem in einer ohnehin von Abwanderung und Alterung geprägten Region.

Auf Dauer, davon bin ich überzeugt, wird eine solche Strategie keinen Erfolg haben können. Denn die Politik des Bundes kann und darf nicht länger über das einmütige Votum fast der gesamten Region, der Bürgermeister, Unternehmer und Verbände hinweggehen. Im Mai wird der Petitionsausschuss des Bundestages sich vor Ort ein Bild machen und damit auf die Petitionen reagieren, die von sage und schreibe 35.000 Menschen unterzeichnet wurden. Und in der Tat mehren sich auch die Zeichen, dass selbst im Verteidigungsministerium nach einer *Door of Opportunity* gesucht wird. Ihre Ehrung ist insofern heute nicht nur Retrospektive, denn auch in Zukunft wird Ihr Engagement noch weiter nötig sein.

Anrede, Auf meiner Fahrt nach Göttingen bin ich heute am Hainich entlang gefahren. Der Hainich liegt im Dreieck der Städte Eisenach, Mühlhausen und Bad Langensalza. Bis 1989 bestand er zu großen Teilen aus militärischem Übungsgebiet. Heute stellt der Hainich das größte zusammenhängende Laubwaldgebiet Deutschlands dar, mit wundervollen Buchen. In einer dieser Buchen steckt noch eine Bombe, als Sinnbild für eine andere Zeit. Der Hainich ist 16.000 Hektar groß, genau 2.000 Hektar größer als das ehemalige Übungsgebiet bei Ihnen.

Anrede, Der Hainich ist seit 1997 Nationalpark. Der Weg dorthin war nicht einfach. Auch der Weg zu einer FREIen HEIDe ist ein beschwerlicher. Doch ich hoffe und wünsche Ihnen, dass er am Ende erfolgreich sein wird. Dass es am Ende – „nur“ – etwas länger gedauert hat. In diesem Sinne viel Erfolg und herzliche Glückwünsche für die diesjährigen Preisträger!

Die Laudatio wurde von Katrin Göring-Eckhardt MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, gehalten (Es gilt das gesprochene Wort.)

Quelle: Göttinger Friedenspreis
©ProUrlaub, Lindenstraße 11, 16775 Stechlin

Laudatio 03. März 2007 zur Festveranstaltung Göttinger Friedenspreis Preisträger BI FREIe HEIDe Kyritz-Wittstock-Ruppin

Sehr verehrte Damen und Herren, lieber Roland Vogt, sehr geehrte Frau Prof. Dr. Lemmermühle, sehr geehrter Herr Meyer, liebe Vertreter der Stiftung Dr. Roland Röhl,

Heute ist ein besonderer Tag, nicht nur für die Bürgerinitiative FREIe HEIDe, sondern auch für den Göttinger Friedenspreis. Wohl noch nie wurde die Auszeichnung an so viele Menschen gleichzeitig vergeben. Es liegt mir fern, die Verdienste der bisherigen Preisträger zu schmälern – erst vor wenigen Tagen konnte ich mir in Israel über die großartige Friedensarbeit von Abt Benedikt Lindemann selber ein Bild machen. Heute aber geht es um die Standhaftigkeit und das Engagement einer Initiative, die längst zu einer großen, weithin ausstrahlenden Massen-Bewegung geworden ist.

Der Einsatz für eine von Waffen freie Heide hat ihre Wurzeln auch im Konziliaren Prozess der Christlichen Kirchen. Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, auf diesen Lernweg haben sich Christen aus aller Welt in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts gemacht. „Schwerter zu Pflugscharen“, nannte es der Prophet Micha in der Heiligen Schrift. Und diese Hoffnung auf weltweiten Frieden bestärkte viele Menschen auch und gerade in der DDR, auch in Neuruppin, Rheinsberg, Kyritz und Wittstock aktiver gegen die Militarisierung im eigenen Land einzutreten.

Insofern geht es der Initiative FREIe HEIDe tatsächlich nicht um Provinzielles, sondern um Prinzipielles – wie das Friedrich Schorlemmer vor zwei Jahren richtig festgestellt hat. Mittlerweile geht es auch nicht um den Protest unter dem Dach der Kirche oder um die basisdemokratischen und tatsächlichen Grünflächen, die 1989 rund um und in der FREIen HEIDe entstanden sind. Nein, heute ehren wir eine Bürgerbewegung, die seit 1992 Menschen und Institutionen aller Couleur verbindet, Schüler und Rentner, Arbeitslose und Geschäftsführer, Christen und Nichtchristen, Gewerkschafter ebenso wie Sportvereine oder sogar Krankenkassen. Wir ehren eine Bürgerinitiative, die seit einhalb Jahrzehnten den Protest gegen den Irrsinn eines Luft-Boden-Schießplatzes Wittstock weit über Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern hinaus trägt. Die die Menschen auf die Straße gebracht hat, die Unterschriften gesammelt hat, die manchen zurückgezogenen Stubenhocker zum demokratischen Teilhaber gemacht hat. Die FREIe HEIDe fordert zur Abstimmung mit den Füßen auf, keine Abstimmung gegen das Land in dem die Menschen leben, sondern für das Land. In den letzten zwei Jahren kamen mehr als 10.000 Menschen zum größten ►

Ostermarsch Deutschlands. Am ersten Januartag machen sich jedes Jahr mehr und mehr Menschen auf, um zu zeigen, dass sie sich im kommenden Jahr nichts sehnlicher wünschen als eine HEIDE frei von militärischen Altlasten – und vor allem: militärischer Nutzung.

Es sind vielleicht tausend Menschen, die sich als Mitglied an der Initiative direkt beteiligen. Doch es sind hunderttausende, die den Protest mittragen. Das liegt auch an den kreativen Formen, in denen der Widerstand greifbar wird. In Lärz, in Mecklenburg-Vorpommern, steht ein Schild „Diese Gemeinde wehrt sich gegen den Bombenabwurfplatz – kein Tiefflug über unserer Gemeinde“. In Brandenburg bekunden schon 23 weitere Orte so ihre Überzeugung. In Berlin kreuzt ein Schiff auf, mit dem Menschen aus der Region auch an der Spree gegen ein „Bombodrom“ demonstrieren. Im Jahr 2005 ist der Protest in Berlin beritten: mit Pferden gegen Kampfflugzeuge. Es gibt Protestkonzerte in den Kirchen, Symposien zur Verteidigungspolitik. Und Kunstprojekte gegen die militärische Nutzung der Heide – ein Bomb-O-Dream soll die Menschen und die Entscheidungsträger in Verteidigungsministerium und Bundeskanzlerinamt zum Nachdenken bringen.

Das alles ist Teil einer Zivilgesellschaft, Teil eines Bewusstseins, dass Einsatz und Beteiligung essentiell sind für unsere Demokratie. Es ist der eindrucksvolle Beweis für eine Demokratie MIT Demokraten. Und es ist ein Auftrag an die Politik, den Willen zur Veränderung ernst zu nehmen. Denn der Kampf um die FREIE HEIDE ist direkte Demokratie in ihrer originärsten Ausprägung. Dabei geht es hier nicht um eine einmalige Volksabstimmung, es geht um eine Entscheidung, die seit nunmehr 15 Jahren eingefordert wird: Von einer Region, von Menschen aus Deutschland und darüber hinaus.

Das ist auch das Einmalige am Protest für die FREIE HEIDE. Es ist völlig unerheblich, ob die Bürgerinitiative nun die größte in Ostdeutschland oder sogar in der Bundesrepublik ist. Erheblich ist, wie viele Menschen sich über so viele Jahre hinweg engagieren. Wie oft schon haben sich Initiativen von Rückschlägen entmutigen lassen und sind im Brandenburger Sand oder wo auch immer verebbt. Bei den Preisträgern heute hingegen gewinnt das Engagement an Breite und Tiefe. Längst unterstützen auch die Landtage in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern das Ansinnen einer zivilen Nutzung der Heide. Sogar der Berliner Senat plädiert dafür, wohl wissend, welche Schatzkammer vor den Türen der Hauptstadt liegt. Dieser Vehemenz, mit der Sie für Ihre Überzeugungen streiten und immer mehr Menschen dabei mitnehmen, gebührt allergrößter Respekt. Wenn heute 50 Vertreter der Initiative mit nach Göttingen gereist sind, dann spricht das für sich. Es spricht aber auch dafür, dass Ihr kreatives,

ehrenamtliches und unermüdliches Beharrungsvermögen für eine zivile Nutzung der Heide immer weitere Kreise zieht.

„[...]Wag es getrost, und du wirst es nicht bereuen. Eigentümlich Freuden und Genüsse werden dich begleiten. Du wirst Entdeckungen machen, denn überall, wo du kommst, wirst du vom Touristenstandpunkt aus, eintreten in ein jungfräuliches Land.“

Mit diesen Worten hat der Neuruppiner Theodor Fontane seine Heimat vor 150 Jahren beschrieben. Nicht nur in den „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ war dieses Land ein einzigartiges Naturerlebnis. Auch heute ist die Region ein Ort der Unberührtheit – und der Raum greifenden Stille. Das war nicht immer so. Inmitten der malerischen Seen- und Waldlandschaften von Nordbrandenburg errichteten die Sowjetischen Streitkräfte 1950 einen Spielplatz für Kalte Krieger. Durch Zwangsenteignungen entstand Europas größter Luft-Boden-Schießplatz. Nach dem Abzug der Streitkräfte blieb ein von Bomben und Rodungen geschundenes Gebiet. Doch seit vielen Jahren erholt sich die Natur und es ist eine einzigartige Heidelandchaft entstanden. Eine Region findet langsam wieder zu sich, nach 40jährigem Bombenhagel. Und sie wehrt sich gegen ein Damoklesschwert, das immer noch über ihr schwebt. Seit 1992 wahren mittlerweile die Versuche, einen neuen Bombenabwurfplatz an den natürlichen Gedenkort des Kalten Krieges aufzubauen. „Früher Stalins Schießplatz – heute euer Schießplatz“, so die Befürchtung vieler Menschen in Brandenburg. Denn auf dem 14.000 ha großen Heide- und Waldgebiet soll die Bundeswehr Tiefflüge trainieren. Für die anderen beiden Truppenübungsplätze in Deutschland brauche man Entlastung, heißt es offiziell. Außerdem müsse auch Deutschland Ost eine gerechte Last bei den Truppenübungen der Bundeswehr tragen. Schließlich sei die Zahl der geplanten Einsätze in der Heide auch auf 1.700 reduziert worden.

Das klingt zynisch in den Ohren der Menschen in der Kyritz-Ruppiner Heide. Die Überbelastung mit Militärübungen in der DDR gibt ihnen ganz im Gegenteil den Anspruch auf einen gerechten Ausgleich. Sie gibt ihnen den moralischen Anspruch, ihre Region endlich friedlich zu nutzen. Die Schönheit zu zeigen und die Möglichkeiten zu nutzen, die sanfter Tourismus gerade hier bietet. Zwischen Ruppiner Schweiz, Mecklenburger Seenplatte und der Kulturstadt Rheinsberg bestimmte lange militärisches Kräftemessen die Szenerie, doch schon längst verdienen viele Menschen ihr Geld mit Urlaubern, die aus den großen Städten flüchten und nicht nur die Regenerationskraft der Natur erleben können. Ich selbst bin immer wieder dort und immer wieder hingerissen, von der Natur, aber auch von den vielen Orten, die Kurt Tucholsky oder Theodor Fontane

lebendig werden lassen. Statt Tieffliegern kann man in Schloss Rheinsberg längst wieder Konzerten lauschen. So sind Arbeitsplätze entstanden, doch es sind unsichere Arbeitsplätze. Eine Studie spricht von 15.000 Stellen, die durch ein „Bombodrom“ bedroht sind. Es könnten sogar noch mehr sein, denn es gibt viele gute Ideen, wie nicht nur Touristen in die Region geholt werden können, sondern wie sich auch mit erneuerbaren Energien neue Perspektiven aufbauen lassen. Aufwind im besten Sinne des Wortes, gerade in diesen Tagen ja ein ganz wichtiges Thema. Einem möchte ich hier ausdrücklich vorbeugen: Es geht beim wunderbaren Wortspiel FREI-HEID für die FREIE HEIDE eben nicht – wie es die wenigen Kritiker noch immer unterstellen – um das Sankt-Florians-Prinzip. Hinter dem phantasievollen Protest in der FREIEN HEIDE steht bei vielen Menschen die grundsätzliche Frage, wie das Miteinander in einer Welt-Gemeinschaft aussehen kann, die schon längst nicht mehr vom alten Dualismus der Systeme geprägt ist. Die Diskussion darüber und der kreative Protest gegen die alten Schemata ist auch etwas, was es an diesem Tag zu würdigen gilt.

Dabei fallen die Antworten darauf, wie Konfliktlösung heute aussieht, ganz unterschiedlich aus. Die schrecklichen Bilder von Genozid in Dafur oder im Kongo können die Fragen nach der Verantwortung, die wir dabei tragen, sehr brennend werden lassen. Wie wir dieser Verantwortung gerecht werden, ob mit Hilfslieferungen, mit Appellen oder auch mit Hilfe von militärischem Schutz – das ist nicht einfach zu beantworten. Für jemand wie mich, die in DDR-Friedensgruppen aktiv war, sind die Entscheidungen über Militäreinsätze immer die allerschwierigsten Entscheidungen gewesen.

Für eine Inbetriebnahme eines Luft- und Bodenschießplatzes in der Kyritz-Ruppiner Heide spricht das aber ganz sicher nicht.

Das Wissen und die Überzeugung, dass die Begründungen für einen Tieffliegerübungsplatz längst ausgegangen sind, eint alle Menschen, die sich für eine FREIE HEIDE einsetzen. Denn bei internationalen Konfliktlösungseinsätzen sind heute ganz andere Fähigkeiten gefragt als die von tieffliegenden Jagdbombern. Auch deswegen ist der Übungsbedarf in den letzten Jahren bundesweit immer weiter gesunken. Auch deswegen besteht keinerlei Bedarf für militärische Übungen in der Kyritz-Ruppiner Heide. Darauf haben die Grünen immer wieder hingewiesen. Wir haben mehrfach Anträge gestellt, um diese Botschaft auch im Verteidigungsministerium und im Kanzleramt hörbar zu machen – unter rot-grün sogar gegen die Mehrheit des Koalitionspartners. Bisher waren die Verteidigungsminister austauschbar. Ob sie Volker Rühle, Rudolf Scharping, Peter Struck oder Franz Josef Jung heißen, geeint hat sie die

